

CONFEDERATIO HELVETICA



Was wäre unser Land ohne sie? Schweizer Mythen.



«Wir wollen das Gegenteil von Thomas Maissen»: Christoph Blocher.

# «Mein Motiv ist die Schweiz»

Interview: René Lüchinger

Die Schweizer Helden-geschichten – Rütli-schwur, Tell, Morgarten, Réduit – seien Fiktion und hielten einer kritischen wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Dieses Urteil fällt der Schweizer Historiker Thomas Maissen in seinem soeben erschienenen Werk «Schweizer Heldengeschichten – und was dahintersteckt». Mehr noch: Die nationalkonservative Rechte rund um Christoph Blocher missbrauche die Schweizer Mythen der Frühzeit der Eidgenossenschaft bis in die unmittelbare Gegenwart hinein für ihre politischen Zwecke (BLICK berichtete). Nun nimmt Christoph Blocher Stellung.

**BLICK** Missbrauchen Sie die Heldengeschichten für Ihre Politik?  
**Christoph Blocher:** Zunächst: Thomas Maissen sagte einmal, man könne die Geschichtsschreibung nicht kampffrei «den Nationalkonservativen von SVP und Auns überlassen», sondern müsse selber Geschichte schreiben. Das ist verdienstvoll. Mein Motiv ist aber nicht Missbrauch, sondern die Schweiz.  
**Und seines?**  
 Sein Motiv ist Europa. Er mindert die Schweiz herab, weil er sie in die EU führen möchte. **Glauben Sie das wirklich?**  
 Wenn man die Schweiz nicht ernst nimmt, sie entmystifiziert, ihre Geschichte entstellt und sagt, die Schweiz ist eigentlich gar nichts Rechtes gewesen, will man die Nation

wegputzen. So kann man die Schweiz schneller Richtung EU auflösen.  
**Falsch ist es aber nicht, die mittelalterlichen Überlieferungen als historische Mythen zu bezeichnen.** Vieles ist geschichtliche Tatsache. Aber viel aus dem Frühmittelalter Überliefertes kann gar nichts anderes sein als Mythos. Wesentlich ist etwas anderes, und darum will Maissen den Mythos vom Rütli zerstören.  
**Nämlich?**  
 Ich halte mich an Gottfried Keller: «Ob sie geschehen? Das ist hier nicht zu fragen. Die Perle jeder Fabel ist der Sinn. Das Mark der Wahrheit ruht hier frisch darin. Der reife Kern von allen Völkern.» Mythen, Sagen und Märchen haben eine besondere Wahrheit, alle Länder haben solche Mythen, und

wenn man die zerstören will, muss man viel fundierter dahinter, als das Herr Maissen macht. **Sie werfen ihm Oberflächlichkeit vor?** Nehmen Sie Marignano. Marignano hat 1515 stattgefunden, als die Eidgenossen zwei Jahre lang die Lombardei besetzt hielten. Das war eidgenössische Grossmachtspolitik. Dort wurden die Eidgenossen geschlagen von Frankreich, fürchterlich. Die Schweizer mussten sich zurückziehen. Ich bin sicher, die geistigen Wurzeln der schweizerischen Neutralität gehen zurück auf dieses Marignano. Das steht nicht auf einem Papier. Das kann man nicht beweisen, auch nicht widerlegen. Man kann nur deuten: Dort wurden die Schweizer zurückgedrängt, das hatte tiefgreifende Folgen.

Sie haben wenigstens intelligent verhandelt, bekamen das Veltlin und das Tessin, mussten sich aber auf ihre Gebiete zurückziehen. **Maissen sagt, die Eidgenossen waren auch danach nicht neutral.** Aus Marignano sprossen die ers-

ten Wurzeln, da kann noch kein Baum blühen. Die Neutralität kam nach und nach, zwischen Marignano und Bundesverfassung 1848. Bis zu den europhilen Historikern der letzten Jahre sahen das alle Fachleute so.  
**Wir haben einen Historikerstreit?**  
 Es ist eher politisch. Ich bin für die Souveränität der Schweiz, direkte Demokratie, Neutralität. Maissen ist für einen EU-Beitritt. Er merkt, dass all dies dem in dem Wege steht.  
**Warum?**  
 Wenn man die Staatsäulen aufrechterhalten will, kann man nicht in die EU. Ich fordere Maissen auf, dies mit uns öffentlich zu diskutieren. Es ist ein Leichtes, ein Buch zu schreiben, ohne sich der Gegenseite stellen zu müssen.

## Betreff: Holcim & Lafarge So kommt es nicht zur grossen Hochzeit

Vor ein paar Tagen in Zürich bei einem vertraulichen Treffen mit dem Chairman der französischen Lafarge. Bruno Lafont ist bester Dinge, dass die Heirat zwischen den Nummern eins und zwei im globalen Zementbusiness, Lafarge und Holcim, bald Realität und er dessen CEO werden wird. Zu schön wäre diese Vision: ein globaler Markt-gigant mit einem Marktwert von 50 Milliarden Franken und Hauptsitz in der Schweiz!

Kurze Zeit später erhält Bruno Lafont einen Brief. Absender: Holcim-Hauptquartier, Zürich. Die Schweizer wollen neu verhandeln. **Kelne Fusion unter Gleichen könne das sein, wie ursprünglich gedacht, weil Holcim deutlich mehr wert sei als Lafarge – dies hätten die jüngsten Konzernabschlüsse gezeigt.** Darüber liessen die Franzosen sogar mit sich reden. Wie ein Keulenschlag jedoch muss für Bruno Lafont die zweite Forderung der Schweizer gewesen sein. Auch der sicher geglaubte CEO-Posten müsse neu diskutiert werden, **nach dem Motto: Wer die Mehrheit besitzt, bestimmt den Chef.** Wird die Bewertungsgrundlage geändert, heisst es nun, ist der ganze Deal aus der Balance, steht alles zur Disposition. Ungeachtet der Tatsache, dass dieser Bruno Lafont wohl ein geeigneter Chef wäre und Holcim über keinen gleichwertigen Kandidaten verfügt.



Bitter ist dies für Thomas Schmidheiny (Bild): Er hatte Holcim in den 1980er-Jahren geerbt, in den 1990ern internationalisiert und sah im Deal mit Lafarge nun die Chance zum echten globalen Durchbruch. Der steht nun auf der Kippe. René Lüchinger

## Doris Leuthard verspricht Billag-Gebühr sinkt



Doris Leuthards Argument: Private sparen, Firmen zahlen.

Bern – Medienministerin Doris Leuthard zieht dem Stimmvolk den Speck durch den Mund: Den Abstimmungskampf für die **Revision des Radio- und Fernsehgesetzes** eröffnete die CVP-Magistrin gestern mit dem Versprechen, dass die Billag-Gebühr bei einem Ja sinken werde: von heute 462 auf **rund 400 Franken jährlich**. Für den Gewerbeverband ist das Augenwischerei: Dort rechnet man damit, dass die Medienabgabe bald schon 1000 Franken pro Haushalt betragen könnte. Jedenfalls dann, wenn die Kostensteigerungen beim SRF fortdauern würden wie in den letzten Jahren.

## Banker brauchen Arzt-Attest

London – Britische Politiker wollen die Bankenaufsicht stärken. Und gehen dazu **neuartige Wege**. Jetzt leiden als Erste Tausende Banker: **Sie müssen künftig einmal jährlich zum Arzt.** Das verlangen neue Regelungen. Das Ziel: Die Regeln sollen dazu beitragen, dass Banker leichter für ihre Entscheidungen

zur Rechenschaft gezogen werden können. Die Arztpflicht gilt für alle Banker, die dem Unternehmen mit ihrer Arbeit beträchtlichen Schaden zufügen könnten, wie die britische Finanzaufsicht gestern mitteilte. Im März 2016 sollen die ersten Banker im Wartezimmer sitzen.

## Debatte muss geführt werden

**P**lötzlich, mit archaischer Wucht, dringt die Schweizer Geschichte im Multi-Jubiläumjahr 2015 wieder in unser Bewusstsein hinein. Sie befeuert existenzielle Fragen wie: Woher kommen wir? Wohin gehen wir?

**Für die nationalkonservative Rechte** ist auch heute unbestritten: Schweizer Heldengeschichten von Rütli bis Réduit bilden das Fundament des Schweizer Nationalbewusstseins, und dies war im Grunde bis zum Ende des Kalten Krieges weitgehend Konsens im Land. Mit dem Einbruch der Globalisierung in die helvetische Beschaulichkeit wandte sich eine jüngere, internationalistisch orientierte Histori-

**Das meint Blick**  
 René Lüchinger  
 Chefredaktor  
 rene.luechinger@ringier.ch

kerigilde von der nationalen Geschichtsschreibung ab oder sah diese nur noch als Projektionsfläche für ein rückwärtsgewandtes Land.  
**Die eigene Geschichte** lässt sich jedoch nicht verdrängen. Ähnlich wie beim Sonderbundskrieg 1847 stehen sich heute Konservatismus und internationalistische Kräfte gegenüber. Damals entschieden die Waffen. Heute müssen die besseren Argumente siegen. Diese Debatte muss geführt werden. Für die Zukunft der Schweiz.

## Bundes-Zustupf für Asylbewerber

Nationalrat Hans Grunder will mehr Asylbewerber in den Arbeitsmarkt integrieren. Der Bund soll ihre Einarbeitung mitfinanzieren.

**D**er Bundesrat will die Zuwanderungszahlen senken. Er will auch für Personen im Asylverfahren die administrativen Hürden abbauen, um sie so besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Das reicht BDP-Nationalrat Hans Grunder (BE) aber nicht. **Er fordert ein offensiveres Vorgehen, um möglichst viele Asylbewerber rasch in den Arbeitsmarkt einzugliedern.** Damit wären weniger Arbeitskräfte aus dem Ausland nötig.  
**«Die Asylbewerber sind schon hier, da liegt viel Potenzial brach»,** sagt Grunder. Er verlangt vom Bundesrat, dass dieser finanzielle Anreize schaffe, damit Asyl-suchende schneller würden.

«Dies kann zum Beispiel ein Einarbeitungszuschuss für die Unternehmer sein oder ein Lohnzustupf für die Asyl-suchenden.»  
 Grunder hat besonders den Niedriglohnsektor im Auge, etwa die Landwirtschaft. «Der Arbeitgeber zahlt den gleichen Lohn wie bis anhin, der Bund schießt aber einen Beitrag ein – mit dem Ziel, dass es sich für den Asylbewerber lohnt, zu arbeiten statt Sozialhilfe zu beziehen.»  
 Das helfe Arbeitgebern wie Asyl-suchenden. Und unter dem Strich spare der Bund damit. «Das ist eine Win-win-Situation», so Grunder. Heute reicht er eine entsprechende Motion ein.

BDP-Nationalrat Hans Grunder. Ruedi Studer

## POLITIK & WIRTSCHAFT

### ABB zieht Millionen-Auftrag an Land

**Baden AG** – Der Industriekonzern ABB liefert dem norwegischen Ölkonzern Statoil mehrere Stromsysteme. Der Auftrag hat einen Wert von über 155 Millionen Franken. Die Stromleitung verbindet das Offshore-Ölfeld Johan Sverdrup mit dem Festlandnetz. Das Ölfeld wurde erst kürzlich entdeckt. Die Förderung soll 2019 beginnen. Erwartet wird eine Produktion von bis zu 650 000 Barrel am Tag.

### Calida verdoppelt Gewinn und Umsatz

**Sursee LU** – Das nennt man ein gutes Geschäftsjahr: Der Schweizer Wäschehersteller Calida hat im letzten Jahr deutlich mehr verdient. Der Reingewinn stieg auf 23,6 Millionen Franken (+122,6%). Auch der Umsatz verdoppelte sich auf 412 Millionen Franken (+99,8%). Grund für das Hoch von Calida ist die Übernahme der Sportartikelfirma Lafuma. Für 2015 geht Calida aber von einem tieferen Geschäftsergebnis aus. Weil die Gruppe rund 75 Prozent ihrer Erträge in Euro erzielt.

### Helvetia wächst dank Übernahmen

**St. Gallen** – Mit den Übernahmen von Basler Österreich und von Nationale Suisse macht der Versicherer Helvetia einen grossen Sprung nach vorne. Das zeigt sich schon in den Geschäftszahlen von 2014. Die Prämieninnahmen stiegen um 3,8 Prozent auf 7,8 Milliarden Franken. Der Konzerngewinn wuchs um 8,1 Prozent auf 393 Millionen. Startschuss für die neue Helvetia ist am 1. Mai.

### Feuerwehrleute dürfen Durst wieder löschen

**Bern** – Seit 2014 gilt für Fahrer von Feuerwehrautos, dass sie nur einrücken dürfen, wenn sie weniger als 0,1 Promille haben. Ein Problem, speziell für Pikett-Offiziere von Milizfeuerwehren: Da ist für Fahrer der Einsatzfahrzeuge schon das erste Bier eines zu viel. Nun hat der Ständerat ein Einsehen: Er genehmigt eine Motion von Bernhard Guhl (BDP). Für Feuerwehrfahrer soll neu eine Alkoholgrenze von 0,5 Promille gelten.

### Mehr Befugnisse für Geheimdienste

**Bern** – Das neue Nachrichtendienstgesetz, das dem Geheimdienst weitreichende Überwachungsmöglichkeiten gibt, stösst im Nationalrat grundsätzlich auf Sympathie. Bei der gestrigen Eintretensdebatte sprachen sich einzig die Grünen einhellig gegen das Gesetz aus, aus Furcht vor einem Lauschangriff. Bürgerliche Parteien befürworten die Reform wegen der wachsenden Terrorgefahr.

### Auch Ständerat sagt Ja zu Formel-E-Rennen

**Bern** – Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat grünes Licht erteilt für Formel-E-Rennen in der Schweiz. Nun kann sich der Bundesrat daran machen, die Elektroboliden vom Verbot von Rundstreckenrennen auszunehmen, das in der Schweiz seit 1955 gilt.

### Börse & Devisen

SMI	92371 (+0.9%)
DOW JONES	179774 (+1.3%)
EURO/CHF	1.06
USD/CHF	1.00
GOLD	37304 Fr./kg
ERDÖL	53.19 \$/Fass

# Nach Bericht über Luzerner Beamte fordert SVP Parlament muss Pornosurfen selbst untersuchen

**D**ie Luzerner Internetporno-Affäre ist seit Tagen das Gesprächsthema Nummer eins im Kanton. Ein Bericht deckte auf: Beamte surfen in grossem Stil privat am Arbeitsplatz – und schauen auch gerne Pornos (BLICK berichtete).



Rolf Bossart, SVP-Kantonsrat.

Surfen in der Verwaltung. Die Regierung hat eine externe Untersuchung angekündigt. Doch dies stösst Bossart sauer auf: **«Die Regierung hat alles Interesse daran, die Affäre unter den Teppich zu kehren.»** Die Untersuchung durch einen externen sei nicht nur teuer, sie sei auch eine beliebte Verzögerungstaktik: «Das haben wir schon bei den letzten zwei Untersuchungen gesehen. Die Regierung schweigt dann und verweist während Monaten auf die laufende Untersuchung.»

In der Tat: BLICK-Anfragen beantwortet die Luzerner Regierung nicht. Sie werde erst informieren, wenn die Untersuchung abgeschlossen sei. Kantonsrat Bossart fordert nun im Namen der SVP eine parlamentarische Untersuchung: **«Es muss jetzt alles auf den Tisch! Nur das Parlament kann das sauber aufarbeiten.»** Auf eine eigene Untersuchung müsse der Regierungsrat verzichten. Den Antrag dazu will Bossart direkt während der Debatte einreichen.

Der Vorschlag hat intakte Chancen. Die parlamentarische Untersuchungskommission ist bereits letzte Woche von sich aus aktiv geworden und wäre offenbar bereit, die Leitung zu übernehmen. **Florian Imbach**



Arbeitsbesuch  
Simonetta Sommaruga (L) und Atifete Jahjaga begrüßen sich in Bern.

## Die Präsidentinnen tragen Rot

**Bern** – Würüber lachen Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (54) und Kosovos Präsidentin Atifete Jahjaga (39) so herhaft? Womöglich darüber, dass sie beim morgendlichen Griff in den Kleiderschrank denselben Gedanken hatten! Die Schweiz gehörte zu den ersten Staaten, die 2008 die Unabhängigkeit Kosovos anerkannten – da passt das Rot der Liebe. Doch allein seit Beginn dieses Jahres haben mehr als 20 000 Kosovaren ihre Heimat verlassen. **«Die Republik braucht ihre eigenen jungen, qualifizierten Bürgerinnen und Bürger»,** zeigte sich Sommaruga beim Arbeitsbesuch in Bern besorgt. 170 000 Personen aus dem Kosovo leben in der Schweiz.

## Dieser Finger sorgt für Streit

**Athen** – Statt wie ein Staatsmann benimmt sich der griechische Finanzminister wie ein Lummel. **Möglicherweise ist Yanis Varoufakis (53) sogar ein Lügner.** Sicher ist: Er manövriert sich immer mehr ins Abseits. Nun ist ein Video von 2013 aufgetaucht. Es zeigt Varoufakis – damals noch nicht Minister – bei einer Rede im kroatischen Zagreb. Dort sprach Varoufakis darüber, was Griechenland seiner Meinung nach zu Beginn der Schuldenkrise 2010 den EU-Vorschlägen hätte entgegenhalten sollen: die Euro-Hilfe ablehnen und den Staatsbankrott erklären. In der ARD-Talkshow «Günther Jauch» bezeichnet er am Sonntag das Video als Fälschung. Experten – auch aus Griechenland – haben das Video untersucht. **Nach heutigem Kenntnisstand gebe es keinerlei Anzeichen auf Manipulation oder Fälschung,** sagt die ARD. Sie werde den Film aber von weiteren Experten prüfen lassen.